Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002646/2025/rev.1
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Markus Buchheit (ESN)

Betrifft: Verwendung von EU-Mitteln für ideologisch motivierte Organisationen in Lateinamerika

Die EU führt Programme wie EUROsociAL+ durch, die den „sozialen Zusammenhalt“ in Lateinamerika durch die Reform der öffentlichen Politik in Bereichen wie Geschlechtergleichstellung und Sozialfürsorge fördern sollen[1]. Werden radikale Programme im Ausland mit dem Geld der europäischen Steuerzahler finanziert?

Verschiedene nichtstaatliche Organisationen in Lateinamerika erhalten direkte oder indirekte Mittel von der Europäischen Union. Einige dieser Organisationen vertreten offen linke ideologische Positionen wie radikalen Feminismus, fanatischen Umweltschutz oder Gender-Theorie, und das in Ländern, deren soziale und kulturelle Strukturen sich erheblich von denen in Europa unterscheiden. Dieser Export von Ideologie unter dem Deckmantel der Entwicklungszusammenarbeit führt zu politischen und sozialen Spannungen und kann als eine Form des ideologischen Neokolonialismus wahrgenommen werden.

1. Kann die Kommission darlegen, welche Organisationen in Lateinamerika in den letzten fünf Jahren EU-Mittel erhalten haben, einschließlich der erhaltenen Beträge, der erklärten Ziele der Finanzierung und der tatsächlichen Ergebnisse?

2. Welche Kontrollmechanismen existieren, um sicherzustellen, dass diese Mittel nicht zur Förderung bestimmter politischer Agenden verwendet werden?

3. Ist die Kommission der Auffassung, dass eine solche Finanzierung die kulturelle und politische Souveränität der lateinamerikanischen Staaten achtet, oder nutzt sie deren prekäre wirtschaftliche Lage aus, um ihre eigene Agenda durchzusetzen?

Eingang: 30.6.2025

[1] https://www.guiafc.es/eurosocial-programa-para-la-cohesion-social/